

KURZ UND PRÄGNANT

Bezahlbare Effizienz

Mit Blick auf die neue Energieeinsparverordnung sagte MdL Heidrun Sedlacik: „Energiesparende Gebäude liegen im Trend von Energiewende und Klimaschutz, es muss aber auch noch Menschen geben, die es sich leisten können, darin zu wohnen.“ Die schwarz-gelbe Bundesregierung Sorge dafür, dass energiesparendes Wohnen zum Luxus werde, denn die Kosten der energetischen Gebäudesanierung würden derzeit weitgehend auf die Mieten umgelegt.

Die Ideen der Thüringer SPD zur Nutzung erneuerbarer Energie bei der Wärmeversorgung in Gebäuden seien zu begrüßen, die SPD müsse jedoch auch klar machen, dass bisher jeder Schritt zur Entlastung der Bürger durch die CDU abgelehnt wurde. ■

Rettungsdienstgesetz

„Die Notfallversorgung muss in allen Thüringer Regionen so gesichert sein, dass jeder Patient, ob in der Stadt oder auf dem Land, so schnell wie möglich ärztliche Hilfe erhält. Die erschreckende Erkenntnis, dass viele Notfallpatienten in Thüringen länger auf den Rettungsdienst warten als gesetzlich vorgeschrieben ist, zeigt, dass das Thüringer Gesetz zur Neuordnung des Rettungswesens evaluiert werden muss“, sagte MdL Jörg Kubitzki. Gesetzlich geregelt ist im Thüringer Rettungsdienstgesetz und im Landesrettungsdienstplan seit Juli 2009, dass die Hilfefrist im allgemeinen 14 Minuten und in dünn besiedelten Gebieten 17 Minuten beträgt.

„Die Stationierungsdichte der Rettungswachen muss überprüft und gegebenenfalls verbessert werden, eine kreisübergreifende Vernetzung der Strukturen im Rettungswesen ist notwendig“, so der LINKE Abgeordnete. ■

Kampagne gegen die „Residenzpflicht“

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag unterstützen die vom Flüchtlingsrat Thüringen e.V. initiierte Kampagne „Bewegungsfreiheit ist ein Menschenrecht. Residenzpflicht abschaffen!“.

Dass sich Flüchtlinge in diesem Land nur mit Erlaubnis einer Behörde frei bewegen dürfen, ist eine besondere Diskriminierung, die durch nichts zu rechtfertigen ist, und ein Armutszeugnis für eine Demokratie, die die rechtliche Gleichstellung aller Menschen in ihrer Verfassung verankert hat.

„Die von Flüchtlingsorganisationen geforderte ersatzlose Abschaffung der Beschränkung der Bewegungsfreiheit ist längst überfällig“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion, André Blechschmidt. Die Abgeordneten werden sich deshalb in den nächsten Wochen an der Kampagne beteiligen und auf Veranstaltungen auf diese Diskriminierung hinweisen und Unterschriften für die Postkartenaktion an den Thüringer Innenminister sammeln. Während die Mehrheit der Bundesländer die Residenzpflicht de facto abgeschafft hat, hält Thüringen an einer Begrenzung auf 23 Aufenthaltsbezirke fest. Bis zum 31. März soll nun der Innenminister einen Vorschlag zur künftigen Regelung der Residenzpflicht in Thüringen vorlegen. ■

Ist der Föderalismus systemrelevant?

Von Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

Systemrelevant ist auf jeden Fall das Verhältnis Föderalismus versus Zentralstaat. In der historischen Entwicklung, die Linke immer im Blick haben müssen, ist sichtbar: Je zentralistischer der deutsche Staat gelenkt wurde, desto gefährlicher war er für seine Nachbarn.

Eingedenk dieser historischen Dimension ist der Föderalismus ein nicht zu gering zu achtender Wert. Wenn man ihn allerdings bürokratisch erstickt, wird er funktionslos. Und wenn er den Fortschritt sogar verhindert – wie zum Beispiel bei der klassischen Schulbildung – wird er sogar zu einer Gefahr, in diesem Fall für die Schülerinnen und Schüler. Beim Thema Bildung sagen wir immer: in Europa existieren 17 rückwärtsgewandte Schulsysteme – 16 davon in Deutschland.

Dies zeigt die Kehrseite des Föderalismus: Wenn er nur dazu benutzt wird, Landesparlamente damit zu beschäftigen, über die Muster der Tapete zu entscheiden, wann immer der Landtag neu tapeziert werden soll. Das sogenannte „Kooperationsverbot“, das Verbot der Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bereich der Bildung, ist im Jahr 2006 gegen den erbitterten Widerstand unserer Bundestagsfraktion und aller Landtagsfraktionen der LINKEN von der SPD wider besseres Wissen als Grundgesetzänderung mitgeschlossen worden.

Dieselbe katastrophale Fehlentscheidung wurde in der Föderalismuskommission II mit der sogenannten „Schuldenbremse“ praktiziert, nach der die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ohne Kredite auszugleichen sind (Artikel 109 Abs. 3 GG). Die SPD war nicht einmal bereit, die von uns vorgeschlagene „Steuersenkungsbremse“ – wer Steuersenkungen will, muss aufzeigen, wie die dadurch

entstehenden Ausfälle in den öffentlichen Kassen ausgeglichen werden – mit in das Abstimmungspaket aufzunehmen, um dessen fatale Eindimensionalität aufzubrechen. Lediglich das damals rot-rot regierte Berlin hat sich für diese Initiative eingesetzt. Das rot-grüne Projekt einer Förderung der Ganztagschulen mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt wurde von der SPD-Bundestagsfraktion geopfert – als Preis für die Große Koalition. Die gleichen Sozialdemokraten möchten nun das Grundgesetz ändern, das sie wider besseren Wissens auf den „Wettbewerbsföderalismus“ umgestellt haben.

Die negativen Wirkungen der durch die unregulierten Bank- und Spekulationsmechanismen ausgelösten Finanzmarktkrise in Verbindung mit der „Schuldenbremse“ im Grundgesetz tragen am Ende die Kommunen. Interessant ist, dass die gleichen Parteien, die für die Grundgesetzänderung die Hand gehoben haben, auf der Lokalebene den Eindruck erwecken, damit noch nie irgendetwas zu tun gehabt zu haben. DIE LINKE hat sich klar positioniert. Wir sagen Nein zum „Wettbewerbsföderalismus“, Ja zu einem besser finanzierten und kooperativ ausgestalteten Bildungssystem. Wir sagen Nein zur „Schuldenbremse“ und Ja zur Regulierung des Bankensystems sowie zur wirksamen Unterbindung der Finanzspekulationen.

Wir sagen aber auch Ja zu einer großen Steuerreform, bei der die Kommunen für ihre Aufgaben ausreichend finanziert sind und Vermögen stärker besteuert werden. Im sozialen Sicherungssystem braucht es einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, um die Teilung Ost-West und Nord-Süd zu beenden, die ausschließlich zu einer Teilung in Arm und Reich führt. Es mag ja sein, dass nach Niedersachsen in mancher Parteizentrale das alte Lager-

denken wieder auf Hochglanz poliert wird: Rot-Grün versus Schwarz-Gelb. Dies darf aber den Blick nicht verstellen, dass alle vier damit in den Blick genommenen Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne) sich im Laufe der letzten Jahrzehnte zueinander kompatibel verhalten haben – und zwar in allen Koalitionskonstellationen.

Die Umstellung des grundgesetzlich gebotenen ausgleichenden und kooperativen Föderalismus auf den „Wettbewerbsföderalismus“ führt nur dazu, dass keine Weichen für ein modernes Bildungssystem (kostenfreie Bildung, Kitas, usw.) gestellt werden. Auch beim flächendeckenden Mindestlohn wird es deutlich: so gleich soll es in Deutschland doch nicht zugehen. Doch regionale Unterschiede, die in der Landschaft noch begründet sein mögen, dürfen nicht Lebenswege negativ beeinflussen.

Lösungen sind möglich und machbar: Wenn gemeinsame Reformorientierungen in den Vordergrund gestellt werden, wenn abgeklärt wird, wie eine gemeinsame humanistische Vision für eine solidarische Gesellschaft entwickelt werden kann. Der Kampf gegen Armutsrenten und Armutslohne ist ein zutiefst humanistischer und kein ökologischer. Und längeres gemeinsames Lernen sowie Inklusion statt Selektion in einem gut ausfinanzierten Bildungssystem mit Schulen, die Lern- und Lebensort sind, ist zuzuförderst humanistisch, aber in jedem Fall nachhaltig.

Es kommt also auf die Betrachtung an, welche Rolle der Föderalstaat gegenüber allen Menschen in unserer Gesellschaft einnimmt. Wenn dann Parteien mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen bereit sind, die gleichen Stellschrauben zu bedienen, dann führt dies zu einem Politikwechsel und nicht nur zu einem optischen Regierungswechsel.

Bereits die Landtagswahl in Niedersachsen verändert das Gefüge im Bundesrat, dem Gremium, durch das die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mitwirken. Die Gruppe der Landesregierungen, die aus SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen gebildet werden, gewinnt jetzt sechs Stimmen dazu.

Es wäre aber viel mehr zu erreichen. Dann nämlich, wenn sich die SPD entschließen würde, in den fünf Bundesländern, in denen sie noch mit der CDU regiert (Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen), neue Regierungspartner zu suchen.

Hier hätten Koalitionen aus SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen eine Mehrheit. Die rot-rot-grün regierten Länder hätten im Bundesrat eine starke Gestaltungsmehrheit von 54 zu 18 Stimmen, die verbliebenen fünf Bundesländer, in denen CDU/CSU und FDP regieren, wären marginalisiert. ■



geordnet werden sich deshalb in den nächsten Wochen an der Kampagne beteiligen und auf Veranstaltungen auf diese Diskriminierung hinweisen und Unterschriften für die Postkartenaktion an den Thüringer Innenminister sammeln. Während die Mehrheit der Bun-

desländer die Residenzpflicht de facto abgeschafft hat, hält Thüringen an einer Begrenzung auf 23 Aufenthaltsbezirke fest. Bis zum 31. März soll nun der Innenminister einen Vorschlag zur künftigen Regelung der Residenzpflicht in Thüringen vorlegen. ■